

Stimmung zur Schaffung der NVA (2)

20. Januar 1956

Stellungnahme zur Nationalen Volksarmee (2. Bericht) [Information Nr. M14/56]

Quelle

BStU, MfS, AS 78/59, Bl. 231–246.

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe oder interne Verteilung.

Bemerkungen

Eine auf den 19.1.1956 datierte Vorstufe zu dieser Information ist überliefert in: BStU, MfS, AS 90/59, Bl. 295–299. Sie enthält handschriftliche Ergänzungen, Korrekturen und Streichungen, die in der vorliegenden Endfassung umgesetzt wurden.

Verweise

Informationen [M10/56](#), [M15/56](#), [M17/56](#), [M21/56](#), [M24/56](#), [M26/56](#), [M30/56](#), [M32/56](#), [M35/56](#), [M37/56](#), [M45/56](#) und [M73/56](#).

In Fortsetzung der Diskussionen, die bereits vor der Volkskammertagung am 18.1.1956 geführt wurden, ¹ kommen aus allen Bevölkerungsschichten – vor allem aber von Arbeitern der volkseigenen Industrie, wenige von Angehörigen der Intelligenz – Stellungnahmen zur Schaffung einer Nationalen Volksarmee. In der Landwirtschaft wurden bisher nur Diskussionen aus dem sozialistischen Sektor bekannt. In zahlreichen Fällen sind die Äußerungen positiv. Man erkennt die Notwendigkeit der Verteidigung unserer Errungenschaften an und teilweise kommt es zu Verpflichtungen, wie z. B. Beitritt zur Volksarmee, bessere Produktionsleistungen, aktive Mitarbeit in den Kampfgruppen² u. a. Beispiele dazu liegen vor aus den Bezirken Halle, Suhl, Leipzig, Rostock, Schwerin und aus Berlin (RAW Schöneweide). Die positiven Äußerungen kommen meistens aus den Reihen älterer Werktätiger, während Jugendliche allgemein negativ in Erscheinung treten. Neben den positiven Stellungnahmen darf man aber auf keinen Fall die negativen Erscheinungen und Äußerungen unterschätzen. Sie treten sehr stark auf und überschatten teilweise in einzelnen Objekten jegliche positiven Momente. Aus dem bisher vorliegenden Material sind noch keine Schwerpunkte zu erkennen, wo sich eine negative Stimmung konzentriert bzw. wo die Feindpropaganda besonders wirksam wird. Beachtenswert ist die Tatsache, dass in mehreren Fällen von einzelnen Personen oder von Gruppen eine Volksabstimmung oder Ähnliches über die Nationale Volksarmee gefordert wird. Feindtätigkeit im Zusammenhang mit der Schaffung einer Nationalen Volksarmee wurde bisher nur vereinzelt bekannt.

Nachstehend wird zu folgenden Punkten berichtet:

- I. Hauptargumente
- II. Charakteristische Beispiele
 1. in der Industrie
 2. von Angehörigen der Intelligenz
 3. in der Landwirtschaft
- III. Forderung einer Volksabstimmung
- IV. Weitere Beispiele von schlechten Abstimmungsergebnissen zu Resolutionen
- V. Feindtätigkeit bzw. negative Erscheinungen
- VI. Schlussfolgerungen

I. Hauptargumente

Ablehnende Äußerungen und negative Stellungnahmen zur Schaffung einer Nationalen Volksarmee treten örtlich getrennt, oftmals mit den gleichen Argumenten auf. Die charakteristischsten werden nachstehend angeführt. (Die ersten Argumente treten am häufigsten auf.)

1. Da noch viele Unklarheiten über die Aufgaben der KVP und der Nationalen Volksarmee bestehen, wird die Ablehnung der letzteren sehr oft damit begründet, dass die VP bzw. KVP doch genügt und dass man nicht noch eine Volksarmee braucht (Bezirke Cottbus, Frankfurt/O., Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Schwerin und in Berlin-Adlershof).
2. Sehr oft wird von Personen im wehrfähigen Alter geäußert, dass sie *kein Gewehr anfassen*. Bei Teilnehmern des Zweiten Weltkrieges wird das gleiche Argument wie früher bei der KVP-Werbung gebracht, dass sie in der Gefangenschaft unterschreiben mussten, dass sie kein Gewehr mehr in die Hand nehmen (Bezirke Cottbus, Halle, Schwerin u. a.).
3. Nach dem Gesetz über die Schaffung der Volksarmee befürchten viele Personen, dass ein *neuer Krieg bevorsteht* und ihre Worte drücken oftmals Zweifel an der Kraft des Weltfriedenslagers aus. Auch würde damit die Behauptung zerschlagen, dass die DDR im Friedenslager stehe. Z. B. sagte ein Jugendleiter aus dem RAW »Einheit« Leipzig-Engelsdorf: »Wir brauchen keine Volksarmee, denn dadurch wird die Lage nur verschärft. Wir sprechen immer vom Frieden, dabei rüsten wir schon wieder zum Krieg« (Bezirke Frankfurt/O., Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Schwerin und Berlin).
4. Im gleichen Zusammenhang argumentiert man aufgrund der Unkenntnis über die internationale und nationale Lage, dass *der Westen nicht angreift*, wenn wir keine Armee aufstellen (Bezirke Frankfurt/O., Halle, Leipzig).
5. In mehreren Fällen wendet man sich gegen die durchgeführten Versammlungen und gefassten Resolutionen, und es heißt dazu, dass doch »von oben« bestimmt würde und sich deshalb eine Zustimmung erübrige. Gleichzeitig heißt es in negativen Äußerungen, dass die Volksarmee doch keine Forderung der Werktätigen sei, sondern nur auf Versammlungen der SED entstand. Einzelne hetzten dabei noch gegen unsere Regierung, »die sich nur Rückendeckung verschaffen wolle, wenn es mal schiefgeht« (Jugendleiter aus dem RAW »Einheit« Leipzig). Z. B. erklärten Kollegen des VEB Förderanlagenbau Köthen, dass sie zur Aufstellung einer Volksarmee keine Stellungnahme abgeben, da unsere Regierung »ja doch macht, was sie will«. Ein Heizer aus dem VEB Mika Leipzig sagte, dass die Forderung der Werktätigen zur Schaffung einer Volksarmee in Wirklichkeit eine von der SED gesteuerte Forderung sei (Bezirk Halle, Leipzig, Magdeburg und Berlin- Bw Rummelsburg).
6. In negativen Äußerungen wird gehetzt, dass die Vorbereitung der Volksarmee »wie bei Hitler« vorgenommen worden sei. Es wären Schreie bestellt worden, die angebliche Forderungen des Volkes gebracht hätten. Andererseits heißt es, »bei Hitler hat es auch schon so begonnen«. Sehr stark treten diese Äußerungen im Bezirk Suhl auf, aber auch in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Magdeburg wurde Ähnliches gesagt.
7. Mehrfach werden die Befürchtungen ausgesprochen, dass unser *Lebensstandard* nunmehr *sinken* werde und es wird die Frage gestellt, wo das Geld herkommt. Berliner Genossen sprachen Unverständnis über die neuen *Uniformen* aus, da das doch viel Geld koste (Bezirk Gera, Magdeburg, Suhl, in Berlin und bei der Wismut). Gleichzeitig wird oft gefragt, wie die neuen Uniformen aussehen werden (Bezirk Erfurt und Berlin).³
8. Bisher trat nur vereinzelt (im Bezirk Leipzig) das Argument auf, dass wir *nichts zu verteidigen haben*.
9. Im Bezirk Frankfurt/O. wurde von einem kommenden *Arbeitskräftemangel* gesprochen. Gleichzeitig wird dort argumentiert, dass man keine Armee brauche, da die Sowjetarmee bei uns sei.

II. Charakteristische Beispiele

1. Industrie

In der Fräseerei des *Georgi-Dimitroff-Werkes* in Magdeburg stimmten [von] ca. 150 anwesenden Kollegen (überwiegend Jugendliche) nur sieben, davon ein Jugendlicher, der Resolution zur Bildung einer Volksarmee zu. Dieser Jugendliche wurde anschließend an die Versammlung von anderen Jugendlichen beschimpft. In der Schleiferei des gleichen Betriebes treten auch besonders negative Stimmungen in Erscheinung. Der Leiter der Kampfgruppe dieses Werkes, Mitglied der SED, diskutiert gegen die Bildung einer Volksarmee. Der AGL-Leiter der Fräseerei stellte in der Versammlung die Frage, was er überhaupt verteidigen solle. Andere Arbeiter riefen, dass sie niemals auf ihre Brüder schießen werden. Vier Genossen der Schleiferei lehnten offen die Resolution ab. Eine parteilose Kollegin fragte in der Diskussion, warum ehemalige Hitleroffiziere in der KVP seien. Einige Jugendliche äußerten sich weiter, dass sie nie ein Gewehr in die Hand nehmen wollen.

Im *VEB Traktorenwerk Schönebeck* fanden bei den durchgeführten Kurzversammlungen heftige Diskussionen statt. In der »Maulwurf«-Montage,⁴ mechanischen Versuchsabteilung und Werkserhaltung lehnten die meisten Kollegen die Waffen konsequent ab. Fast in allen Versammlungen, die in diesem Werk durchgeführt wurden, lehnte ein großer Teil der Kollegen die Volksarmee ab oder enthielt sich der Stimme. In der Werkserhaltung stimmten sieben Kollegen für die Aufstellung einer Volksarmee und 31 enthielten sich der Stimme (anwesend 38 Arbeiter), wovon ca. 15 Genossen sind.

In der *Bau-Union Küste Stralsund* fanden am 18.1.1956 vonseiten der Partei Aussprachen mit den Pkw-Fahrern und mit den Schlossern in der Betriebsschlosserei über die Schaffung einer Nationalen Volksarmee statt. Hierbei kam es zu negativen Äußerungen einiger Kraftfahrer und Schlosser. Die Kraftfahrer [Name 1] und [Name 2], beide parteilos, sagten: »Diejenigen, die eine Volksarmee haben wollen, die können doch auch hingehen.« Die Schlosser [Name 3] und [Name 4], beide parteilos, brachten zum Ausdruck: »Die große sozialistische Sowjetunion redet viel vom Frieden und hat doch eine Volksarmee gebildet. Aber das ganze führt nur zu einem Wettrüsten.« Weiterhin meinten sie: »Bei einem aggressiven Angriff der Westmächte, da wird ja die Sowjetunion hinter uns stehen und kann uns ja auch in diesem Falle verteidigen.« Des Weiteren waren die Schlosser der einheitlichen Auffassung, dass sofort ein Telegramm an die Volkskammersitzung gesandt wird, worin diese aufgefordert wird, einen Volksentscheid über die Aufstellung einer Volksarmee durchzuführen.

In der Grundorganisation 13 des *VEB Chemische Werke Buna*, Kreis Merseburg, sind die meisten Kollegen mit dem Aufbau einer Volksarmee nicht ganz einverstanden. Sie erklärten, »wenn die Wehrpflicht später doch eingeführt wird,⁵ fängt eine allgemeine Rennerei nach dem Westen an«. Unter den Buna-Arbeitern ist eine sehr lebhaft Diskussions über die Volkskammersitzung zu verzeichnen und einige jüngere Arbeiter erklärten, »dass sie nicht der Volksarmee beitreten werden, sondern lieber nach Westdeutschland gehen«.

Im *Objekt 32 – Auerbach – der Wismut* wurde eine Versammlung durchgeführt, wobei sich in der Diskussion niemand zu Wort meldete. Ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer war nicht einverstanden. Dies macht sich darin bemerkbar, dass beim Unterschreiben einer Resolution ein ganzer Teil der Belegschaft, um sich von der Unterschriftenliste zu drücken, die Versammlung verließ. Ein ganzer Teil der Belegschaft zog es vor, gar nicht erst zur Versammlung zu erscheinen und setzte sich lieber eine Stunde lang in die bereitstehenden Autos, die die Kollegen nach Hause fuhren.

Von Frauen kommen die meisten ablehnenden Stimmen. Sie enthalten alle ähnliche Argumente, wie nachstehend aufgeführt:

Im *VEB Bekleidungswerk Leipzig*, wo vorwiegend Frauen beschäftigt sind, nehmen die weiblichen Beschäftigten überwiegend eine abwartende und sogar ablehnende Haltung ein. So äußerte die Kollegin [Name 5] aus diesem Betrieb: »Wir haben unsere Männer verloren, wir geben die Söhne nicht wieder her.« Die Kollegin [Name 6] aus dem gleichen Betrieb brachte zum Ausdruck: »Wir dürfen keine Volksarmee aufstellen, denn bei einem Krieg müssten Deutsche gegen Deutsche schießen.«

Im *VEB Textilia in Greiz*, wo viele Frauen beschäftigt sind, wird von diesen zum größten Teil ablehnend über die Schaffung einer Volksarmee diskutiert. Als sich eine Arbeiterin unter ihren Kollegen dahingehend äußerte, dass doch die anderen Frauen genauso wie sie denken und ihre Kinder zur Volksarmee schicken sollten, äußerte eine andere Arbeiterin Folgendes: »Unsere deutschen Soldaten haben für nichts gekämpft. Es ist auch kein deutscher Soldat geehrt worden und man hat für sie nicht einen Groschen übrig, um ihnen einen Kranz niederzulegen, nur die russischen Soldaten haben gekämpft, nur bei ihnen werden Kränze niedergelegt.« Dieser Diskussion stimmten die meisten Frauen zu.

Auch in anderen Betrieben zeigte sich, dass besonders Frauen die Schaffung einer Volksarmee ablehnen.

2. Intelligenz

Obleich aus diesen Schichten bisher verhältnismäßig wenig Stellungnahmen bekannt wurden, zeigten sich hier fast die gleichen Argumente wie bei den Arbeitern.

Im *VEB Nähmaschinen Wittenberge*, Kreis Perleberg, wurden starke negative Erscheinungen unter der dortigen Intelligenz bekannt. Ein parteiloser Technologe erklärte, dass er gegen die Aufstellung einer Volksarmee sei und sagte weiter, »dass nicht der Westen die Spaltung Deutschlands vertieft, sondern unsere Regierung«. Der Chefkonstrukteur (Mitglied des Nationalrates, parteilos)⁶ lehnte ebenfalls ab, seine Unterschrift zu geben. Ebenso der Abteilungs konstrukteur.

Ein Wissenschaftler des *Instituts Adlershof*⁷ äußerte sich zur Schaffung einer Volksarmee folgendermaßen: »Wozu eine Volksarmee? Wir haben doch schon genügend Volkspolizisten, die würden doch genügen, um Ruhe und Ordnung bei uns zu schaffen. An Krieg brauchen wir nicht zu denken, denn der Westen hat sowieso Angst vor den Russen, die Aufrüstung in Westdeutschland ist bloß Angst vor den kommenden Ereignissen. Wir sind doch der Meinung, dass wir keinen Krieg gebrauchen können und die Arbeiter in Westdeutschland ebenfalls.«

Im *Funkwerk Leipzig*, Zweigwerk Plagwitz – Konstruktionsbüro – haben von 60 Beschäftigten 48 eine ablehnende Haltung zur Volksarmee eingenommen. Hierbei handelt es sich meistens um Angehörige der technischen Intelligenz. Es wird über die Aufstellung einer Volksarmee eine Volksabstimmung verlangt. Weitere pazifistische Tendenzen und die Finanzfrage der Volksarmee sind Gegenstand der Diskussionen.

3. Landwirtschaft

Die Landbevölkerung hat sich bisher noch nicht im großen Umfang mit der Schaffung der Volksarmee beschäftigt. Lediglich aus den MTS und LPG, wo Versammlungen organisiert wurden, wurden Stellungnahmen bekannt. Die gleichen inhaltlich den Äußerungen in der Industrie. Bemerkenswert ist, dass aus der Landwirtschaft etwas mehr Verpflichtungen zum Beitritt zur Volksarmee kommen als aus der Industrie. Charakteristisch für die Stimmung der Landbevölkerung ist folgender Bericht aus dem Bezirk Frankfurt/O.: Im Kreis Angermünde ist im MTS-Bereich Güsow⁸ zu verzeichnen, dass Teilnehmer einer Versammlung geschlossen ihre Zustimmung zum beschlossenen Gesetz der Volkskammer über die Aufstellung einer Volksarmee gegeben haben. Der überwiegende Teil der Arbeiter und Angestellten in der MTS-Zichow, [Kreis] Angermünde, sprach sich ebenfalls positiv zur Schaffung einer Volksarmee aus.

Ähnlich positive Äußerungen brachte ein großer Teil der Bevölkerung der Gemeinde Trebnitz und der LPG Marxwalde⁹ im Kreis Seelow zum Ausdruck. Ein nicht zu unterschätzender Teil unserer Bevölkerung ist gegen die Schaffung einer und Aufstellung einer Volksarmee. So wurde in der Gemeinde Manschnow, [Kreis] Seelow, dahingehend diskutiert, dass wir keine Volksarmee brauchen. So wird bei den Bevölkerungsschichten der Gemeinde Manschnow der Standpunkt vertreten: »Wenn wir keine Armee aufbauen, dann wird der Westen uns auch nicht angreifen.« Ähnliche Diskussionen traten während der Winterschulung in der BHG Manschnow, [Kreis] Seelow, auf. Auch in der Gemeinde Falkenhagen, [Kreis] Seelow, wird die Schaffung einer Volksarmee von einem großen Teil der Bevölkerung mit dem Bemerkten abgelehnt: »Es geht wieder los.«

III. Forderungen einer Volksabstimmung

In folgenden Betrieben wurde die Forderung nach einer Volksabstimmung über die Schaffung einer Volksarmee gestellt:

- VEB Trafo- und Röntgenwerk Dresden,
- VEB Karl-Liebknecht-Werk Magdeburg,¹⁰
- VEB Chemiewerk Greiz-Dölau, [Bezirk] Suhl,
- VEB Bau-Union Küste Stralsund, [Bezirk] Rostock,
- VEB Funkwerk Leipzig-Plagwitz,
- VEB Zellwolle Plauen, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt.

IV. Weitere Beispiele von schlechten Abstimmungsergebnissen zu Resolutionen

- VEB Anlagenbau Leipzig: von 74 – vier Zustimmungen, alle anderen Gegenstimmen;
- VEB Entwicklungswerk Funkmechanik Leipzig (Konstruktionsbüro): von 60 Ingenieuren zwölf Zustimmungen; Werkstatt: von 60 Arbeitern Zustimmungen;
- VEB Ventilationsbau Leipzig:¹¹ von ca. 100 – 19 Zustimmungen, 39 Gegenstimmen;
- VEB Möbelwerk Meiningen, Abteilung Maschinenraum: von 20 – zwei Zustimmungen;
- Elektro-Ofenbau Römhild,¹² Kreis Meiningen, [Bezirk] Suhl: von 25 – eine Zustimmung;
- VEB Welton Meiningen:¹³ von 80 abgelehnt;
- Glaswerk Waldau, [Kreis] Hildburghausen: ca. 90 % abgelehnt;
- VEB Graphische Maschinen [Berlin] (Bohrabteilung): von 35 – drei Zustimmungen;
- VEB Zellwolle Plauen: von 500 – 330 Zustimmungen;
- VEB Seehafen Wismar: von 170 – 20 Zustimmungen, zwei Gegenstimmen; dabei Schiffsneubau: von 200 – 180 Gegenstimmen;
- Mathias-Thesen-Werft (Konstruktionsbüro): ca. 95 % Gegenstimmen;
- VEB Holzwerk Schwerin: von 415¹⁴ Beschäftigten (davon 52 SED) nahmen 200 an Versammlung teil, davon 15 Zustimmungen;
- MTS Taucha, [Kreis] Leipzig[-Land]: von 46 – 18 Zustimmungen, 13 Gegenstimmen.

V. Negative Erscheinungen bzw. Feindsätigkeit

1. Negative Erscheinungen

Im VEB Chemiewerk Greiz-Dölau trat in der Verwaltung folgende feindliche Diskussion von vier Angestellten auf: »Regierung und Volkskammer sind ja zu feige, um eine Volksabstimmung über eine Armee durchzuführen, weil sie genau wissen, was sie am 17.6.1953 erlebt haben.«

Im VEB Papierfabrik in Greiz, [Bezirk] Gera, äußerte sich ein Steinsetzer (arbeitet in einer Privatfirma), dass ja niemand gezwungen werden könne, in die Volksarmee einzutreten. Es sei ja auch noch nicht so weit, und wenn, dann müsste eben mal wieder eine Aktion gestartet werden, aber noch stärker, als die letzte war (gemeint ist der 17. Juni).

Im VEB Wema, Werk III, in Zeulenroda, [Bezirk] Gera, (300 Beschäftigte), wo sich viele ehemalige Mitglieder der SPD befinden, wird hauptsächlich wie folgt argumentiert: »Westdeutschland wird die DDR niemals überfallen. Wenn Westdeutschland Militär aufstellt, dann nur zu seinem eigenen Schutz und die DDR braucht das nicht nachzumachen.¹⁵ Wir haben die Sowjetarmee, die uns schützen kann.«

Am 17.1.1956 brachte die Brigade [Name 7] im Ventilbau des RAW Schöneweide, Berlin, Zustimmung zur Aufstellung einer Volksarmee in einer Resolution an die Volkskammer durch ihre Unterschrift zum Ausdruck. Nachdem dieses Ergebnis im Ventilbau bekannt wurde, war die Brigade Beschimpfungen durch einen Ventilprüfer, eine Werkhelferin und noch anderen Arbeitern ausgesetzt. Die Mitglieder der Brigade [Name 7] wurden durch diese Personen als »Arbeitverräter« bezeichnet und brachten ein gespanntes Verhältnis im Ventilbau, wo in Gruppen diskutiert wurde.

Ein Einwohner aus Suhl sagte: »Ich habe es meinen Kindern eingetrichtert was Krieg heißt und wie sie sich demgegenüber verhalten sollen. Meine Söhne wissen, was sie mit einem Gewehr zu tun haben, wenn sie gezwungen werden, eins anzuwenden.« Er sagte weiter: »Es ist aber auch schlimm heute, bleiben sie hier, werden sie eingezogen, hauen sie ab, werden sie auch drüben eingezogen. Nun, wenn's eben so ist, muss man eben mitmachen, man muss dabei nur wissen, was man zu tun hat.«

2. Feindsätigkeit

Im Stadtgebiet von Bernburg, [Bezirk] Halle, wurde ein mit Druckschrift geschriebener Hetzzettel »Wir alle stimmen für den Krieg« gefunden. In der Nacht zum 19.1.1956 wurden in Karl-Marx-Stadt weitere Hetzparolen an Häuserwänden angebracht: (Mit Kreide in Blockschrift)

- »Wir wollen keine Volksarmee«
- »Wir greifen kein Gewehr an«
- »Nieder mit der Volksarmee«
- »Weg mit Pieck und Grotewohl – wir haben die Schnauze voll, wir nehmen kein Gewehr in die Hand« (Diese Parole war 7 m lang und 20 cm hoch, auf der Bordsteinkante angebracht.)
- »Gebt uns mehr Butter als Kanonen«

Im VEB Reparaturwerk »Clara Zetkin« Erfurt wurde am 18.1.1956 am Schwarzen Brett im Meisterbereich »Ständerbau« ein aus der Zeitung herausgeschnittener Artikel mit der Aufschrift »Wir wollen keine Soldatengesetze, sondern Jugendschutzgesetze« angeklebt.¹⁶

In der Nacht zum 19.1.1956 wurden im VEB MEGU Leipzig-Böhlitz-Ehrenberg vier Krafträder der GST vorübergehend unbrauchbar gemacht. Trotz verschlossener Garage wurden in den Vergaser eines Krades Stahlspäne eingeworfen. Bei den übrigen Krädern wurden die Birnen der Beleuchtung entnommen. Die Kräder hätten also nicht gleich eingesetzt werden können (Täter noch unbekannt).

VI. Schlussfolgerungen

Die großen Unklarheiten, die sich in den Diskussionen der weitesten Kreise der Bevölkerung zeigen, sind vor allem mit auf eine ungenügende Aufklärung durch Partei- und Massenorganisation zurückzuführen. Besonders muss auf die Mitglieder der SED eingewirkt werden, damit bei diesen die Unklarheiten überwunden werden und sie selbst aufklären können. Versammlungen zur Entgegennahme von Entschlüssen und anderen müssen besser vorbereitet und dürfen nicht so kurzfristig angesetzt werden.

1

Auf der Volkskammertagung v. 18.1.1956 wurde u. a. das Gesetz zur Schaffung der NVA beschlossen. Vgl. Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. In: GBl. I 1956, S. 81.

2

Die »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« waren eine im Sommer 1953 auf Beschluss der SED gegründete paramilitärische Organisation von Beschäftigten in Großbetrieben, VEG, LPG, MTS und staatlichen Verwaltungen. Vgl. Siebeneichner, Tilmann: Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. Köln u. a. 2014.

3

Die mit der Schaffung der NVA eingeführten neuen Uniformen ähnelten in Farbe und Schnitt stark denen der Wehrmacht. Die Uniformen der KVP hatten sich dagegen an sowjetischen Vorbildern orientiert. Vgl. Merta, Klaus-Peter: Uniformierung als Mittel der Politik. In: Vorsteher, Dieter (Hg.): Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR. Berlin 1996, S. 175–186.

4

»Maulwurf« war eine Zusatzbezeichnung für den von 1953 bis 1956 vom VEB Traktorenwerk Schönebeck produzierten Geräteträger RS 08/15.

5

Am 26.9.1955 wurde Art. 5 der Verfassung der DDR um einen Abs. 4 mit folgendem Wortlaut ergänzt: »Der Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen ist eine ehrenvolle nationale Pflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.« (Vgl. Gesetz zur Ergänzung der Verfassung v. 26.9.1955. In: GBl. I 1955, S. 653) Eine verbindliche Einführung der Wehrpflicht war damit jedoch nicht verknüpft und das Gesetz zur Schaffung der NVA traf über die Wehrpflicht keine Aussage. In den »Bestimmungen für die Dienstlaufbahn der Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR« war dann explizit von der »freiwillige[n] Dienstleistung in der Nationalen Volksarmee« die Rede, die »auf dem Schwur der Treue gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und auf der persönlichen Verpflichtung« beruhe. Vgl. Anlage L zum Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Ministerrats v. 1.6.1956; BArch DC 20-I/4/179, Bl. 86–123, hier 90.

6

Die 1949 gegründete »Nationale Front des Demokratischen Deutschland« war ein Zusammenschluss aller politischen Parteien und Massenorganisationen der DDR unter Führung der SED. Sie war insbesondere mit der Vorbereitung der Volkskammerwahlen befasst und stellte die Kandidatenlisten auf. Der Nationalrat war das höchste Gremium der Nationalen Front.

7

Im Ortsteil Adlershof des Ostberliner Bezirks Treptow lagen zahlreiche naturwissenschaftliche Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, sodass nicht zu ermitteln ist, welches hier gemeint ist.

8

Ein Ort dieses Namens konnte im Kreis Angermünde nicht ermittelt werden. Gemeint ist vermutlich die Gemeinde Geesow.

9

Im Original: »Maxwalde«.

10

Vollständig: VEB Schwermaschinenbau »Karl Liebknecht« (SKL).

11

Korrekt: VEB Ventilatorenbau Leipzig.

12

Vollständig: VEB Elektro-Industrieofen- und Gerätebau Meiningen-Römhild.

13

Im Original: »VEB Weltan Meiningen«.

14

Handschriftlich korrigiert aus »145«.

15

Seit 1955 wurde in der Bundesrepublik in mehreren Schritten der Aufbau einer Armee eingeleitet: Am 9.5.1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei, am 7.6.1955 wurde das Bundesministerium der Verteidigung gebildet, am 24.7.1955 trat das Freiwilligengesetz in Kraft, das die Einstellung von bis zu 6 000 Freiwilligen in die bundesdeutsche Armee erlaubte (Gesetz über die vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen in den Streitkräften v. 23.7.1955. In: BGBl. I 1955, S. 449 f.), am 12.11.1955 wurden die ersten freiwilligen Soldaten ernannt, am 1.4.1956 trat das Soldatengesetz in Kraft, das die Rechtsstellung der Soldaten der jetzt als »Bundeswehr« bezeichneten Armee regelte (Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten v. 19.3.1956. In: BGBl. I 1956, S. 114–126) und am 22.7.1956 das Wehrpflichtgesetz, das die Wehrpflicht für alle männlichen deutschen Staatsbürger vom vollendeten 18. Lebensjahr an vorsah (vgl. Wehrpflichtgesetz v. 21.7.1956. In: BGBl. I 1956, S. 651–661).

16

Der Artikel und das Zitat ließen sich nicht ermitteln. Das angeführte Zitat scheint aber in der Bundesrepublik ein gängiger Slogan gewesen zu sein: In einer Ostberliner Broschüre über Jugendliche und das Arbeitsrecht wird er – in leicht abgewandelter Form (»Wir wollen keine Soldatengesetze, wir fordern Jugendschutzgesetze«) als eine der »Forderungen der westdeutschen Arbeiterjugend« angeführt. Vgl. Noack, Ingolf; Zecher, Rudolf: Rechte und Pflichten der Jugendlichen im Arbeitsprozeß. Berlin 1959, S. 23.